

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1037

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1037



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 15. 4. 2017

Inhalt

Medienmitteilung ZLV 4. April 2017.....	1
Konsequenzen ziehen – Für mehr Qualität und Effizienz in der Volksschule.....	3
Sprachendämmerung.....	4
Leserbrief zu «Sprachendämmerung».....	5
Barlez wu Fransai?.....	5
Fremdspracheninitiative: Gegner warnen vor Rückschritt.....	7
Schulstunden sind ein kostbares Gut.....	8
Über die Volksschule und den Lehrplan 21.....	8
Landfrauen schlagen Alarm: Fertigprodukte im Kochunterricht und zu viel Theorie statt Praxis.....	9
Bildung im engen Korsett.....	11
Landesweiter Schülerprotest wegen Sparmassnahmen.....	12
Die Kantonsschule Küsnacht hat Angst vor den Sparplänen.....	13

Medienmitteilung ZLV 4. April 2017

Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband Ohmstrasse 14 Postfach 8050 Zürich

Telefon 044 317 20 50 sekretariat@zlv.ch www.zlv.ch

ZLV zur Fremdsprachen-Initiative: Ein Ja ist konsequent

Lange versucht, jetzt ist es genug

Seit dem Schuljahr 2006/2007 werden auf der Primarstufe überall im Kanton Zürich zwei Fremdsprachen unterrichtet. Nach über zehn Jahren ist klar: Dieser Ansatz ist gescheitert. Das Resultat ist verheerend: Die Lernziele werden weder im Englisch noch im Französisch erreicht – und überdies hapert es nun auch im Deutschunterricht. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) unterstützte damals die Einführung der zweiten Fremdsprache – unter der Bedingung, dass dafür genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Politik nahm diesen Punkt nie ernst. Deshalb gibt es für den ZLV nur einen konsequenten Weg: Ein Ja zur Fremdsprachen-Initiative am 21. Mai 2017.

Der Schweizer Dachverband der Lehrpersonen LCH hat bereits 2004 Gelingensbedingun-

gen formuliert, die für das erfolgreiche Einführen der zweiten Fremdsprache auf der Primarstufe gegeben sein müssen. Zentraler Punkt war und ist, dass die Lehrerschaft das Unterfangen voll mittragen und unterstützen muss. 2013 evaluierte der LCH das Fremdsprachenkonzept landesweit. Sein Fazit vor vier Jahren: Die Gelingensbedingungen für zwei Fremdsprachen seien nicht erfüllt. Er kritisierte insbesondere fehlende Weiterbildungen für die Lehrpersonen, zu klein bemessene zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie mangelhafte Lehrmittel. Der Dachverband empfahl deshalb den kantonalen Bildungsdirektionen, bei ihren Entscheiden bezüglich Fremdsprachen die Meinung der Lehrpersonen im Interesse der Kinder und einer guten Schulqualität ernst zu nehmen.

Politik ignoriert Erfahrungen aus dem Schulalltag

Die Zürcher Bildungsdirektion hat die Empfehlungen des LCH nicht befolgt. Weder schaffte sie Rahmenbedingungen für einen gelingenden Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe, noch hörte sie auf die vielen entsprechenden Hinweise des ZLV in den letzten Jahren. Zuletzt ignorierte sie zusammen mit Regierungs- und Kantonsrat beim Nein zur aktuellen Fremdsprachen-Initiative auch noch die ausdrückliche Haltung der Lehrpersonen. In einer Umfrage mit über Tausend teilnehmenden ZLV-Mitgliedern hatten sich über 75 Prozent für nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe ausgesprochen.

Für ihre Position haben die Lehrpersonen gute Gründe: Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Kinder mit der heutigen Lösung weder die Lernziele im Französisch noch im Englisch erreichen. Zudem steht zu wenig Zeit zur Verfügung, um im Deutsch eine solide Basis zu legen. Das Resultat ist, dass sich heute bei vielen Schülerinnen und Schülern in allen drei Sprachen Probleme manifestieren, wie die Pisa-Resultate regelmässig belegen. Der ZLV empfiehlt deshalb den Stimmberechtigten mit Überzeugung, am 21. Mai ein Ja zur Fremdspracheninitiative in die Urne zu legen.

Alternativer Weg steht offen

Das Ja des ZLV zur Initiative bedeutet keine Abkehr vom Ziel der Volksschule, dass die Jugendlichen nach Ende der obligatorischen neun Jahre zwei Fremdsprachen beherrschen. Ein alternativer Weg dazu steht offen und lässt sich nach einem Ja rasch umsetzen: In der Primarstufe wird künftig nur noch eine Fremdsprache unterrichtet – dies dafür mit mehr Ressourcen. Gleichzeitig kann auch dem Deutschunterricht als Basis wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die zweite Fremdsprache wird in der Sekundarstufe eingeführt – ebenfalls mit mehr Ressourcen als heute. Das Resultat: Nach neun Jahren beherrschen die Schülerinnen und Schüler alle drei Sprachen besser als heute.

Welche Fremdsprache in der Primarschule beibehalten wird, ist kein pädagogischer Entscheid, sondern ist politisch zu klären. Der ZLV wird sich nach einem Ja zur Fremdspracheninitiative mit vollem Engagement einbringen, um ein neues, erfolgversprechendes Sprachenkonzept umzusetzen.

Für weitere Auskünfte: Lilo Lätzsch, Präsidentin ZLV, 079 409 44 32

Konsequenzen ziehen – Für mehr Qualität und Effizienz in der Volksschule

Medienmitteilung 10.4.2017: Überparteiliche Unterstützung für die Fremdsprachen-Initiative

An einem Gespräch mit Medienvertreter zeigten Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus verschiedenen Parteien heute Morgen auf, dass die kantonale Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» breite überparteiliche Unterstützung genießt. Beim Anliegen, eine Fremdsprache der Primarstufe auf die Sekundarstufe zu verlegen, geht es in erster Linie nicht um bildungspolitische Angelegenheit, sondern um eine Frage der Vernunft. Viele Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und weitere direkt betroffene Personen wissen längst, dass das heutige Sprachenkonzept gescheitert ist. Für die Erreichung von Qualität an unseren Volksschulen braucht es die von der Initiative vorgeschlagene Neuausrichtung.

SVP-Kantonsrätin **Anita Borer** betonte beim Gespräch mit den Medienvertretern, dass die heutige Praxis vielerorts zeige, dass zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe zu viel seien: „Mit der Initiative fordert ein breit abgestütztes Komitee, darunter nun eben auch Politiker von links bis rechts, dass eine Fremdsprache der Primarstufe auf die Sekundarstufe verlegt wird. Die Lernziele sollen trotzdem bis Ende der obligatorischen Schule in beiden Fremdsprachen erreicht werden.“ Mit einem Ja zur Fremdsprachen-Initiative, so Anita Borer weiter, können auf Primarstufe grundlegende Fächer wie Deutsch und Mathematik wieder vertieft behandelt und gleichzeitig unsinniger finanzieller und pädagogischer Aufwand reduziert werden.

Realität im Auge behalten

Für **Claudia Wyssen**, Kantonsrätin der SP (in dieser Vertreterin einer Minderheit), sollten die Augen nicht vor der Realität verschlossen werden: „Wichtig ist, was man am Ende des Tages hat. Dabei ist nicht entscheidend, was in welcher Reihenfolge kommt. Es ist entscheidend, dass man etwas gelernt hat, wenn die Schulzeit zu Ende geht. Und gerade hier muss man sich fragen, ob es nicht besser wäre, zuerst das eine intensiv zu lernen und dann aufbauend darauf mit dem nächsten zu beginnen. Weniger ist also mehr. Das Lernen einer zweiten Fremdsprache ist wichtig, aber erst in der Oberstufe. Die Lernerfolge auf Primarschulstufe sind zu gering. Und dass bereits viel Geld und Zeit investiert wurde, darf nicht davon abhalten, das Bisherige zu analysieren und daraus Konsequenzen zu ziehen. Das Ergebnis ist schlicht ungenügend. Daher ist es jetzt - gestützt auf die Erfahrungen und das Wissen derer, die es am besten wissen, nämlich der Lehrer/innen - Zeit, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.“

Bessere Resultate dank Fokussierung

Christoph Ziegler, Kantonsrat der glp, wies darauf hin, dass die Ressourcen für die 2. Fremdsprache auf der Sekundarstufe besser eingesetzt wären: „Die Ausbildung der Lehrpersonen ist fundierter, die Klassen sind homogener und vor allem lernen die Schülerinnen und Schüler analytisch und deshalb viel effizienter. Aus eigener Erfahrung als langjähriger Seklehrer kann ich feststellen, dass Schüler ohne Frühenglisch oder Frühfranzösisch ihren allfälligen Rückstand in kürzester Zeit aufholen. Mehr Qualität heisst: In der Primarschule wird künftig nur noch eine Fremdsprache unterrichtet, dies dafür mit mehr Ressourcen. Gleichzeitig wird der Deutschunterricht intensiviert. Die zweite Fremdsprache wird in der Sekundarschule eingeführt – ebenfalls mit mehr Ressourcen als heute. Das Resultat: Nach neun Jahren beherrschen die Schülerinnen und Schüler alle drei Sprachen besser als heute.“

Weitere Auskünfte:

Anita Borer, 079 665 44 27

Claudia Wyssen, 078 684 77 28

Christoph Ziegler, 079 769 34 36

Sprachendämmerung

Weltwoche von Freitag, 7.4.2017, Bildung

An der Primarschule soll nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden. Dies fordert eine Initiative im Kanton Zürich. Man sollte noch weiter gehen.

Von Philipp Gut

Die Zürcher Stimmbürger entscheiden am 21. Mai über die Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule». Am Dienstag präsentierte das Initiativkomitee seine Argumente. Zentraler Kritikpunkt an der jetzigen Regelung mit zwei Fremdsprachen: Aufwand und Ertrag stimmten nicht. Die heutige Lösung mit Französisch und Englisch sei ineffizient, binde Ressourcen und überfordere eine Mehrheit der Schüler.

Gleich drei Lehrerverbände unterstützen das Begehren: der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), die Zürcher Kantonale Mittelstufe (ZKM) und der Verein Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich (SekZH).

Das ist bemerkenswert, denn die Standesvertreter hatten sich bei der Einführung des frühen Fremdsprachenunterrichts noch mehr oder weniger begeistert hinter diesen gestellt. Nun haben sie offensichtlich gemerkt, dass die hochfliegenden Pläne in der Praxis nicht taugen.

Die Gegner argumentieren denn auch nicht pädagogisch, sondern politisch. Ein Ja würde dazu führen, dass das bei Schülern und Eltern beliebtere Englisch aus der Primarschule verbannt würde. Denn das Französisch könne nicht gestrichen werden. Der welsche Innenminister Alain Berset (SP) drohte mehrfach, dieses notfalls mit Zwang durchzusetzen. Die Nation breche sonst auseinander.

Gymnasiasten holen schnell nach

C'est absurde. Der Schweizer Föderalismus mit der Bildungshoheit der Kantone hat sich bewährt, er bietet genug Spielraum für Lösungen nach dem Willen des jeweiligen Souveräns. Zudem zeigen auch jüngste wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Frühfremdsprachen nicht jene Resultate bringen, die man sich ursprünglich erhofft hat. Nähme dies auch Berset zur Kenntnis, könnte er seine Drohkulisse locker abrüsten.

Die neuste Studie stammt vom Zürcher Bildungsforscher Urs Moser. Er verglich die Englischleistungen der Aargauer und der Solothurner Schüler. Die einen haben in der Primarschule zehn Jahreslektionen und in der Oberstufe neun. Die andern fangen erst in der Oberstufe an, ebenfalls mit neun Lektionen. Am Ende der obligatorischen Schulzeit betrage der Vorsprung der Aargauer im Durchschnitt lediglich zwischen einem halben und einem ganzen Jahr, obwohl die Aargauer Schüler insgesamt mehr als doppelt so viele Englischlektionen haben. Oberstufenschüler lernen mit ihrer analytischeren Vorgehensweise und ihren grösseren Grammatikkenntnissen viel rascher.

Dies zeigte auch die 2014 veröffentlichte Studie von Simone Pfenninger. Sie wies nach, dass Gymnasiasten Englisch schnell nachholen und dass frühes Fremdsprachenlernen sogar nachteilig sein kann: Es beeinflusse die Kenntnisse und Fähigkeiten in der

Muttersprache.

Schliesslich förderte eine von der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz in Auftrag gegebene und im letzten Jahr publizierte Erhebung zutage, dass die Resultate des Französischunterrichts am Ende der sechsten Klasse sehr bescheiden sind. Nur ein Drittel der Schüler erreicht die Lernziele in den Bereichen Sprechen, Hörverstehen und Schreiben. Beim Leseverständnis erfüllte die Hälfte die Anforderungen.

Die Verfechter des frühen Sprachenlernens und die Theoretiker an den pädagogischen Hochschulen irren in einem entscheidenden Punkt: Sie gehen davon aus, dass die Kinder eine Sprache desto einfacher lernen, je jünger sie sind. Das stimmt für die natürliche Sprachumgebung. In der Schule aber ist es anders. Die Zürcher Initiative geht also in die richtige Richtung. Konsequenter und vernünftiger wäre es, ganz auf die Fremdsprachen in der Primarschule zu verzichten und stattdessen eine solide deutsche Grundlage zu legen.

Leserbrief zu «Sprachendämmerung»

Ich bin ganz der Meinung von Philipp Gut. Deutschschweizer Primarschüler sollten zuerst gründlich Deutsch lernen. Heute kann sich ein immer grösserer Teil der Schulabgänger weder mündlich noch schriftlich einigermaßen gewandt ausdrücken, auch nicht in ihrer Muttersprache. Dies ist auch der Hauptkritikpunkt am Lehrplan 21. Sprachen lernen kann ein Schulkind nicht mit dem «selbständigen» Abarbeiten von einzelnen Häppchen und mit «kreativem» Drauflosschreiben ohne Lehrerkorrekturen. Das Erlebnis der Kinder im Klassenunterricht, mit ihrer Lehrerin, ihrem Lehrer zusammen das Lesen und Schreiben zu üben, spannende Geschichten zu lesen und dabei den Aufbau der deutschen Sprache zu lernen, ist durch nichts ersetzbar. Damit entsteht zugleich die Grundlage für alle anderen Fächer, auch im MINT-Bereich. Nur so können solide Kenntnisse in Fremdsprachen gelegt werden, die darüber hinausgehen, in Genf einen Café au lait bestellen zu können.

Marianne Wüthrich, Wil

Barlez wu Fransai?

NZZ 12.4.2017, Schweiz

Eltern, Lehrer und Politiker in sechs Kantonen kritisieren die neuen Französischlehrmittel

Entlang der Sprachgrenze lernen in mehreren Kantonen schon Drittklässler Französisch – mit bis anhin mässigem Erfolg. Nun wächst der Widerstand gegen die Lehrmittel. Ein Seitenblick gilt dabei dem Kanton Zürich.

Daniel Gerny

Le Putois, le martinet et le percnoptère – mit einem ganzen Tiergarten sehen sich Primarschüler in sechs Kantonen im Rahmen des Frühfranzösisch-Unterrichts konfrontiert. Bloss handelt es sich bei diesen Tieren allesamt um zoologische Aussenseiter, die für den Alltagsgebrauch der Fremdsprache praktisch bedeutungslos sind: Zum Vocabulaire der Primarschüler gehören das Stinktief, die Wasserschwalbe und der in Europa beinahe ausgestorbene Schmutzgeier. Weshalb, fragen sich viele Eltern, lernen Kinder im Frühfranzösisch solche Begriffe, sind aber auch nach Jahren nicht in der Lage, nach dem richtigen Weg zu fragen oder einfachste Französisch-Wörter richtig zu buchstabieren?

Rechtschreibung zweitrangig

Die sechs Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Solothurn, Bern, Freiburg und Wallis, in denen Französisch ab der dritten Primar die erste Fremdsprache ist, setzen seit 2011 gemeinsame Fremdsprachen-Lehrmittel ein. «Mille Feuilles», das darauf aufbauende «Clin d'Œil» und das für den Englischunterricht konzipierte «New World» basieren auf neuen didaktischen Konzepten, die sich stark von jenen unterscheiden, mit denen die heutige Lehrer- und Elterngeneration vertraut ist. Die Lehrmittel sind Teil des Fremdsprachenkonzeptes «Passepartout», auf das sich die sechs Kantone entlang der Sprachgrenze geeinigt haben. Die Schüler sollen nicht in erster Linie Vokabeln und Grammatik büffeln, sondern die neue Sprache möglichst oft hören und so ein «Sprachbad nehmen», wie es in einer Broschüre zu «Mille Feuilles» heisst. Selbst grobe Fehler, etwa bei der Rechtschreibung, sollen die Lehrer nur zurückhaltend korrigieren.

Französischlehrbücher sind selten sonderlich beliebt, doch bei «Mille Feuilles» setzte die Kritik von Beginn weg ein und ist seither nicht abgerissen. In mehreren Kantonsparlamenten wurde und wird der Ausstieg aus dem «Passepartout»-Konzept gefordert. Die grünliberale Basler Grossrätin Katja Christ forderte ihre Regierung erst im März dazu auf, «die Verwendung des umstrittenen Lehrmittels zu überdenken». Dies wäre theoretisch möglich, weil die geltende Vertragsperiode des «Passepartout»-Konkordates 2018 ausläuft.

Fast alle sind ungenügend

Zwei – allerdings nicht repräsentative – Umfragen unter der Lehrerschaft in den Kantonen Solothurn und Basel-Landschaft lieferten teilweise in der Tat alarmierende Ergebnisse: So gaben 92 Prozent der Solothurner Lehrer an, dass die mit «Clin d'Œil» unterrichteten Schüler beim Schreiben tiefe oder eher tiefe Kompetenzen aufwiesen. Auch im mündlichen Ausdruck, auf den die neuen Lehrmittel besonderen Wert legen, werden grossmehrheitlich schlechte Kompetenzen festgestellt. Im Baselbiet lauteten die Resultate ähnlich: Über 97 Prozent der Sekundarlehrer schätzten dort das Vocabulaire ihrer Schüler als mässig bis schlecht ein. Demnächst soll im Kanton Basel-Stadt eine Umfrage durchgeführt werden.

Im Kanton Bern lässt dagegen ein Entscheid der Erziehungsdirektion Rückschlüsse auf fehlende Französisch-Kompetenzen zu: Im Januar kündigte diese an, grammatikalische Kenntnisse bei den Aufnahmeprüfungen fürs Gymnasium würden «nicht mehr gezielt geprüft» werden. «Wir können nichts prüfen, das vorher nicht so unterrichtet wurde», erklärte der Vorsteher des kantonalen Mittelschul- und Berufsbildungsamts, Mario Battaglia, damals gegenüber der «Berner Zeitung».

Für den Bieler Bildungspolitiker Alain Pichard (GLP) sind solche Entwicklungen besorgniserregend, weil daraus ein Zweiklassen-Ausbildungskonzept resultiere: Nur wer es ans Gymnasium schaffe, erhalte die nötigen Sprachkompetenzen, kritisiert er. Wissenschaftliche Erkenntnisse über den Erfolg von «Passepartout» fehlen allerdings bis jetzt. Erste Ergebnisse zweier Evaluationsstudien, die die «Passepartout»-Kantone in Auftrag gegeben haben, sollen erst im Sommer 2018 vorliegen.

Millionen investiert

Allein dies zeigt, dass ein vorzeitiger Ausstieg aus «Passepartout» vorerst äusserst unwahrscheinlich ist. Die involvierten Kantone haben alle Millionenbeträge investiert. Genaue Zahlen fehlen, doch allein der Kanton Basel-Landschaft bewilligte bereits 2010 12,5 Millionen. Die Kritik hat deshalb bisher vor allem zu Beschwichtigungen geführt – und zu punktuellen Nachbesserungen bei den Lehrmitteln, unter anderem im Bereich der Grammatik. Bewegung könnte ins Spiel kommen, wenn im Baselbiet eine Initiative zum Ausstieg aus dem «Passepartout»-Konkordat vors Volk kommt. Bisher zeigte sich das

dafür verantwortliche Komitee allerdings wenig durchsetzungsstark.

Mit Spannung blicken die «Passepartout»-Kritiker in den Kanton Zürich, der im Mai über eine Initiative für die Verlegung einer Fremdsprache von der Primar- in die Sekundarschule abstimmt. Denn die Kritik an den Lehrmitteln ist auch in den «Passepartout»-Kantonen letztlich auf den frühen Fremdsprachenunterricht zurückzuführen. Der wachsende Widerstand an den Lehrmitteln zeigt: In der Praxis erweist sich dieses Konzept als herausfordernder als ursprünglich angenommen.

Fremdspracheninitiative: Gegner warnen vor Rückschritt

az Limmattaler Zeitung 6.4.2017

Das überparteiliche Komitee «Nein zur Abschaffung von Frühenglisch» hat sich gegen die Fremdspracheninitiative ausgesprochen. Das Komitee warnt vor einem Rückschritt und spricht von einer «widersprüchlichen und rückwärtsgewandten Initiative».

Durch die Initiative "Mehr Qualität - Eine Fremdsprache an der Primarschule" werde das Zürcher Bildungssystem durch die beteiligten Lehrerverbände selbst nach unten nivelliert und das beliebte Frühenglisch willkürlich geopfert, teilte das Nein-Komitee am Donnerstag mit. "Dieser Rückschritt muss unbedingt verhindert werden."

Da die Zürcher Stimmbevölkerung eine ähnliche Initiative bereits abgelehnt und den Beitritt zum HarmoS-Konkordat - das zwei Fremdsprachen in der Primarschule vorsieht - beschlossen habe, verletzte sie "mehrfach den Volkswillen". Das Nein-Komitee befürchtet zudem, dass die interkantonal beschlossene Sprachenstrategie gefährdet wird.

Mit der kantonalen Volksinitiative "Mehr Qualität - Eine Fremdsprache an der Primarschule", über die das Zürcher Stimmvolk am 21. Mai befindet, wollen der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV, die Zürcher Kantonale Mittelstufe zkm und der Lehrerverband SekZH im Kanton einen Systemwechsel erreichen. Auch die Arbeitsgemeinschaft Schule mit Zukunft steht dahinter.

Die Zürcher Volksschüler beginnen heute mit Englisch als erster Fremdsprache in der zweiten Klasse. Ab der fünften Klasse kommt Französisch als zweite Fremdsprache dazu. Die Initiative lässt offen, welche der beiden Sprachen aus der Primarschule verbannt werden soll.

Komitee sieht Englisch gefährdet

Für das Nein-Komitee ist hingegen klar, dass ein Ja zur Initiative die Abschaffung von Englisch in der Primarschule bedeutet - "wie die Initianten selber zugeben". Es sei deutlich, dass das eigentliche Problem beim Französisch liege, während Englisch die bevorzugte Fremdsprache sei.

Gemäss Mitteilung müssten die Initianten daher den Schluss ziehen, dass das Frühfranzösisch abgeschafft werden müsste. "Aus innenpolitischen Gründen gegenüber den welschen Lehrpersonen dürften sie diesen Umstand aber wohl bewusst verschweigen", heisst es weiter.

Im Weiteren würden mit einer Annahme der Initiative aufgrund des HarmoS-Konkordats investierte Steuergelder in Millionenhöhe zunichte gemacht und weitere Folgekosten verursacht.

Der Zürcher Regierungsrat und der Kantonsrat sprachen sich gegen die Initiative aus. Nur die SVP, die EDU und ein Teil der Grünliberalen stimmten für die Vorlage.

Schulstunden sind ein kostbares Gut

ZürichseeZeitung 13.4.2017, Leserbriefe

Zu «Ältere Schüler lernen schneller», Ausgabe vom 5. April

Primarschüler würden Fremdsprachen leichter lernen als Oberstufenschüler, wird von Gegnern der Fremdspracheninitiative verkündet. Dies verkünden unter anderen die Gewerkschaft VPOD, die Grünen, die SP und die AL in ihrer Medienmitteilung. Worauf diese Aussage sich stützt, bleibt schleierhaft, denn alle neueren Studien zeigen, dass Sekundarschüler und Gymnasiasten Fremdsprachen schneller und leichter lernen.

Bei Gymnasiasten hat Simone Pfenninger sogar nachgewiesen, dass Neueinsteiger nach einem halben Jahr Englisch die Schüler mit Vorkenntnissen aus der Primarschule bereits eingeholt haben. Bestätigt werden ihre Ergebnisse durch die erstaunliche Tatsache, dass die Solothurner Schüler nach nur drei Jahren Englisch auf der Sekundarschule nur unwesentlich weniger weit sind als die Aargauer, welche sieben Jahre im Englisch unterrichtet wurden. Diese Resultate zeigen, dass das frühe Lernen zweier Fremdsprachen ineffizient ist. Da werden unzählige Stunden eingesetzt, um bescheidene Resultate zu erzielen. Ich verstehe nicht, weshalb unsere Volksschule es sich leisten kann, anstelle von mehr Deutsch, mehr naturwissenschaftlichem Unterricht und einer soliden Informatikausbildung weiterhin an einem gescheiterten Fremdsprachenkonzept festzuhalten. Schulstunden sind ein kostbares Gut. Wir müssen uns gut überlegen, wozu wir sie einsetzen.

Nach zwölf Jahren mit zwei Fremdsprachen an der Primarschule sind die Resultate ernüchternd. Das heisst für mich, die erste Fremdsprache soll solide in der Primarschule eingeführt werden. Die zweite jedoch gehört auf die Oberstufe. Damit werden am Ende der Volksschule die Schüler über bessere Sprachenkenntnisse verfügen, als dies heute der Fall ist. Darum stimme ich Ja für «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule».

Werner Wunderli, ehemaliger Gemeinde- und Bezirksschulpfleger, Meilen

Über die Volksschule und den Lehrplan 21

Bündner Tagblatt, 11.4.2017

von Enrico Söllmann

Der Churer Stadtrat Patrik Degiacomi (SP) hat es letzte Woche im Gemeinderat auf den Punkt gebracht – Anlass war die Debatte zu zweisprachigen Klassen Deutsch/Englisch an der Stadtschule. Seine Kurzfassung: Unternehmer betonen zwar die Wichtigkeit der globalen Fremdsprache, erachten aber die teils unbefriedigende Kompetenz in der Erstsprache als grösseres Problem. Seine Gespräche mit der Wirtschaft führten den neuen Vorsteher der städtischen Bildung zum Schluss, den Fokus künftig vermehrt auf Deutsch und auf die ebenfalls geforderte Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu legen. Diese Sichtweise vertritt auch Peter Kamber (SVP). Der neue Präsident der städtischen Bildungskommission legte seine Position

kürzlich im «Churer Magazin» dar. Zwei politische Polvertreter, die zum selben Fazit kommen und dieses öffentlich vertreten. Eine seltene Wohltat. Degiacomi und Kamber haben nämlich recht. Wer dann und wann die Gelegenheit hat, Vertretern von KMU und Eltern zuzuhören, kommt unweigerlich auf den Gedanken, dass die Volksschule sich je länger desto mehr schwer tut, ihre Hauptaufgabe wahrzunehmen: Kinder auf Beruf und Leben vorzubereiten. Längere, komplexere Texte werden nicht mehr verstanden, geschweige denn einleuchtend verfasst. Dabei ist die Beherrschung der Muttersprache ein zentrales Element zur eigenverantwortlichen Bewältigung des (beruflichen) Alltags. Die mangelnde Fähigkeit, logisch Denken zu können, offenbart Defizite in mathematischen und geometrischen Grundkenntnissen. So erzählen Unternehmer, dass Lehrlinge oder Studenten oft nicht einmal einen einfachen Dreisatz anwenden können. Stellen sich ihnen kleine praktische Hürden in den Weg, sind sie überfordert, diese schlüssig zu umgehen oder zu beseitigen.

Die Gründe hierfür sind wohl in einem überfrachteten, praxisfernen Unterricht zu suchen. Mehrere Churer Gemeinderäte hoben bei der erwähnten Diskussion die Wichtigkeit «wieder einkehrender Ruhe» im Bildungswesen hervor. Weniger ist manchmal durchaus mehr. So darf die integrative Förderung mit ihren Heilpädagogen nicht zulasten leistungsstarker Kinder mit deutscher Muttersprache gehen. Zu überlegen ist ferner, ob es nicht sinnvoller wäre, den Fremdsprachenunterricht integral auf die Oberstufe zu verlegen. Die Lehrpersonen sollen von unnötiger Bürokratie entlastet und sich auf ihre Kernkompetenz konzentrieren können: Unter Disziplin und Ordnung in der Klasse der Schülerschaft Wissen und Können vermitteln. Eltern und Wirtschaft sollen am Ende aussagekräftige und vergleichbare Zeugnisse in den Händen halten können.

Der Lehrplan 21 geht in die entgegengesetzte Richtung, wird er strikte umgesetzt. Eine nationale Abstimmung darüber gab es nicht; in einzelnen Kantonen scheiterten die Gegner aber gegen das Reformprojekt. Trotzdem drängt sich die Frage auf, inwieweit der auf europäischen Standards und UNO-Vorgaben basierende Lehrplan 21 den akademischen Weg gegenüber dem Berufsbildungsweg bevorzugt. Die Schweizer Berufslehre gilt auch im Ausland, das teils hohe zweistellige Zahlen in der Jugendarbeitslosigkeit ausweist, zurecht als Erfolgsmodell. Graubünden kann in naher Zukunft eine konstruktive Diskussion über die Volksschule führen. Gelegenheit dazu bietet die Mitte März mit über 8000 Unterschriften eingereichte Doppelinitiative «Mitspracherecht bei wichtigen Bildungsfragen» und «Mitsprache bei Lehrplänen». Letztere werden, so will es der Lehrplan 21, ideologische Eingriffe in die Privatsphäre (Gender, Sexualkunde, Kulturelle Identitäten, Ernährung) beinhalten. Nur die Spitze des Eisberges ist etwa ein Lehrmittel der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, das den Wert für sogenannte humanitäre Projekte erklären will. Dass Millionen von Geldern in hochkorrupten Staaten versanden, wird verschwiegen. Wollen wir nicht stattdessen eine Schule, die die Privatsphäre achtet, selbstständiges Denken sowie Eigenverantwortung fördert und optimal auf Beruf und Leben vorbereitet? Die Alternative hatte die frühere BT-Kolumnistin Regula Stämpfli in der «Basler Zeitung» formuliert: «Der Lehrplan 21 zielt dahin, die Urteilskraft durch die Schwächung jedes Ichs aufzulösen. Denn gefestigte Ichs sind frei. Und damit eine Gefahr für die Herrschenden.»

Landfrauen schlagen Alarm: Fertigprodukte im Kochunterricht und zu viel Theorie statt Praxis

az Aargauer Zeitung 11.4.2017

von Jörg Meier

Es sind die Landfrauen, welche die öffentliche Diskussion über den neuen Aargauer Lehrplan wieder in Gang bringen. Sie kritisieren fehlendes praktisches Arbeiten und zu viel Theorie.

Fast zwei Monate lang war es nach der emotionalen Abstimmung über die Lehrplan-Initiative ruhig an der Lehrplanfront. Das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) konnte ungestört mit der Erarbeitung der Grundlagen des neuen Aargauer Lehrplans beginnen, der auf der Basis des Lehrplans 21 beruht, aber an die kantonalen Bedürfnisse und Verhältnisse angepasst wird. Die Einführung ist auf das Schuljahr 2020/21 geplant.

Kochen wird unwichtig

Doch nun tritt mit den Aargauer Landfrauen eine Gruppierung an die Öffentlichkeit, von der man eine Einmischung in schulpolitische Angelegenheiten wohl kaum erwartet hätte. Konkret geht es um den Fachbereich «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt», der bisher ganz schlicht «Hauswirtschaft» hiess. «Die Landfrauen setzen sich seit Jahren für den praktischen Unterricht in den hauswirtschaftlichen Fächern ein», sagt Lotti Baumann, die Präsidentin des aargauischen Landfrauenverbands. Der Basis-Lehrplan 21 weise aber genau in die andere Richtung: Der neue Fachbereich «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» sei völlig theorie-lastig; selbstständiges praktisches Arbeiten sei höchstens noch in Ansätzen verlangt.

Baumann verweist etwa auf das Kochen. Es sei nicht mehr verlangt, dass die Schülerinnen und Schüler lernen, ein ganzes Menü zu kochen. Teile davon genügten völlig. Fertig- und Halbfertigprodukte seien nicht nur erlaubt, sondern sogar auch erwünscht. Die Initiatoren des Lehrplans 21 gingen davon aus, dass dies den Jugendlichen näher sei und eher ihrem Alltag entspreche als ein sorgfältig durchkomponiertes Menü mit Vorspeise, Hauptgang und Dessert.

«Wir machen uns Sorgen, weil es das klassische Fach Hauswirtschaft in dieser Form nicht mehr geben wird», sagt Lotti Baumann. «Die Schülerinnen und Schüler erfahren zwar viel Wertvolles über Produktionsmethoden, Ernährung und Ernährungsformen, Ökologie und Ökonomie. Aber sie lernen kaum mehr kochen oder andere praktische Haushaltstätigkeiten wie waschen, nähen oder bügeln.»

Praxis bleibt auf der Strecke

Das neue Fach «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» sieht insgesamt 5 Jahres-Lektionen an der Oberstufe vor. Die Aufteilung ist den Kantonen überlassen. Verteilt auf die drei Jahre Oberstufe ist im Aargau zurzeit die Variante 2/2/1 geplant. Die 90 Minuten einer Doppellektion seien einfach zu kurz, um ein Essen zu kochen, miteinander zu essen, abzuwaschen und aufzuräumen, moniert Baumann. «Viele Eltern wissen noch gar nicht, was da auf ihre Kinder zukommt», sagt die Präsidentin. Und deshalb gelangten die Landfrauen nun an die Öffentlichkeit. Unterstützung erhalten die Landfrauen vom Gewerbeverband, der ebenfalls befürchtet, dass das praktische Arbeiten mit dem Lehrplan 21 aus der Schule verschwindet – und damit die Fähigkeit, in einer gewissen Zeit eine bestimmte Tätigkeit zu erledigen. Genau diese Kompetenz aber ist es, welche die Lehrbetriebe von den Lernenden vermehrt einfordern möchten.

Bernadette Barmettler aus Aettenschwil ist gelernte Hauswirtschaftslehrerin, Bäuerin mit

Fachausweis und bildet auf ihrem Hof Lernende aus. Auch sie macht aktiv bei den Landfrauen mit – und auch sie ist skeptisch gegenüber den Neuerungen, die der Lehrplan 21 mit dem neuen Fachbereich «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» bringen soll. «Zu Recht fordert das Gewerbe, dass die Schule die praktischen Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler fördern soll,» sagte Barmettler. Doch der Lehrplan 21 mache genau das Gegenteil: «Praktische Fertigkeiten scheinen nicht mehr wichtig zu sein und werden vernachlässigt», kritisiert die Freiämter Bäuerin. Und bringt gleich ein Beispiel für die grundsätzliche Bedeutung des Kochens: «Beim Kochen lernen die Schüler direktes Handeln. Es ist das einzige Fach, bei dem man nicht sagen kann, wir hören hier auf und machen morgen weiter.»

Beim BKS hat man die Kompetenzen der Landfrauen im Bereich Bildung und Landwirtschaft längst erkannt. Bildungsdirektor Alex Hürzeler hat auch bereits ein Versprechen umgesetzt, das er vor der Abstimmung über die Bildungsinitiative gegeben hat: Bei der genauen Ausgestaltung des neuen Fachbereiches «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» werden auch die Landfrauen konsultiert. Sie stellen in der beratenden Fachgruppe eine Zweierdelegation mit Lotti Baumann und Bernadette Barmettler. Entscheiden wird allerdings letztlich der Regierungsrat, unter Einbezug des Erziehungsrates. Aber man darf zuversichtlich hoffen, dass er auf die klugen Landfrauen hört.

Bildung im engen Korsett

Zürichsee-Zeitung Do, 6.4.2017, Zürich

SPAREN Der Kanton Zürich spart bei den Volks- und Mittelschulen sowie bei der Berufsbildung. Der Kantonsrat hat Korrekturen angebracht.

Auch die Bildung kommt beim laufenden Sparprogramm Lü16 des Kantons nicht ungeschoren davon. Der Stand der Dinge:

Volksschule: 35,2 Millionen lautete das ursprüngliche Sparziel für fünf Massnahmen bis 2019. Neu sind es noch gut 31 Millionen. Der Kantonsrat weigerte sich, die Kosten für das Fach Religion und Kultur in der Mittelstufe auf die Gemeinden abzuschieben. Er beschloss den üblichen Kostenteiler: Kanton 20, Gemeinden 80 Prozent. Die umstrittene Kommunalisierung der Schulleitungen, mit welcher der Kanton 14,8 Millionen auf die Gemeinden abwälzen will, ist auf 2019 geplant und noch in Arbeit. Am Schluss entscheidet der Kantonsrat. Das Budget 2017 der Volksschule umfasst 423,5 Millionen. Laut Angaben des Volksschulamtes steigen aktuell die Schülerzahlen stärker als noch letztes Jahr vorhergesagt.

Mittelschulen: Das Sparziel bis 2019 beträgt 43,6 Millionen. Sechs Massnahmen sind vorgesehen. Bis jetzt sind alle auf Kurs. Dazu gehört die Erhöhung der Pflichtlektionen an Mittelschulen um eine Stunde für Deutschlehrer und Lehrkräfte für moderne Fremdsprachen. Das Verwaltungsgericht hat die Erhöhung als zulässig beurteilt. Ein Rekurs ist aber noch hängig. Unter Dach ist auch der Abzug für ausfallende Hauswirtschaftslektionen. Die geplante Optimierung der Klassengrössen ist im Gange. Daran arbeiten nun die einzelnen Schulen. Nötig werden Zusammenlegungen von Klassen, da weniger Geld zur Verfügung steht. Die geplante Aufwandreduktion bei den Mediotheken wird primär mit Stellenreduktionen bei den Mediothekaren umgesetzt. Sie obliegt den einzelnen Schulen. Der grösste Sparbrocken bei den Mittelschulen ist die Änderung eines Finanzierungsschlüssels. Diese soll bis 2019 12,6 Millionen einbringen. Die Mittelschulen verfügen über ein Jahresbudget von 360 Millionen. Die Schülerzahlen wachsen derzeit moderat. Ab 2020 wird aber ein starkes Wachstum erwartet. Damit wächst auch der Finanzbedarf.

Berufsbildung: Das Sparziel bis 2019 beträgt 34 Millionen. Die geplanten sieben Massnahmen sind auf Kurs. Allerdings verzögert sich die Schliessung der kantonalen Lehrwerkstätten um ein Jahr. Der Berufsbildung steht ein Budget von 351 Millionen zur Verfügung. Die Zahl der Lehrlinge stagniert derzeit. Ab 2020 wird eine Zunahme erwartet.
tsc

Landesweiter Schülerprotest wegen Sparmassnahmen

Tages-Anzeiger vom Mi, 05.04.2017 Schweiz

Weil der Kanton Luzern bei der Bildung spart, gehen heute Tausende Schüler in Basel, Zürich, Luzern, Aarau und Genf auf die Strasse.

Michael Soukup

Seit der Kanton Luzern seine Unternehmensgewinnsteuern 2012 halbiert hat, jagt ein Sparpaket das andere. Insbesondere die Kürzungen bei der Bildung sorgen immer wieder für Schlagzeilen. Letzten Oktober wurden beispielsweise 20 000 Gymnasiasten, Mittel- und Berufsschüler sowie deren 1500 Lehrer für drei statt zwei Wochen in die Schulferien geschickt, damit der Kanton 4 Millionen Franken sparen konnte. Wegen der Sparmassnahmen im Bildungswesen gingen Luzerner Lehrer und Schüler immer wieder auf die Strasse.

Heute Nachmittag werden sich landesweit Schüler mit ihren Luzerner Kollegen solidarisieren und protestieren. Es könnte eine der grössten Schülerdemonstrationen der Schweiz werden. «Bald ist es so weit, und wir Schüler*innen gehen in fünf Schweizer Städten auf die Strasse, um ein Statement gegen die Sparpolitik zu setzen! Wir haben KeLoscht auf Abbau bei der Bildung!», heisst es auf der Facebook-Seite des ZSO, des Dachverbands der Zürcher Schülerorganisationen. Proteste sind zeitgleich in Luzern, Aarau, Basel und Genf vorgesehen. In Bern ist eine kleinere Aktion auf dem Bundesplatz geplant. Erwartet werden je nach Standort mehrere Hundert oder gar mehrere Tausend Demonstranten.

Prominente Redner

In der Stadt Zürich findet die Demonstration beim Bürkliplatz statt. «Wir demonstrieren in erster Linie aus Solidarität mit Luzern und anderen Kantonen, die sparen müssen», sagt Timothy Oesch auf Anfrage. Der 17-Jährige besucht die Kantonsschule Zürich-Nord und ist Sprecher der ZSO. Der Verband hat eine Bewilligung für eine Kundgebung mit 700 Personen erhalten. Doch dem Vernehmen nach rechnet man mit viel mehr Schülern. «Wir haben die Demo ziemlich gehypt», sagt ein anderer Zürcher Kantischüler, der nicht namentlich erwähnt werden will. Allein von den beiden grössten Zürcher Kantonsschulen, Enge und Zürich-Nord, sollen insgesamt 1000 bis 1200 Schüler kommen.

Im Kanton Luzern ging der Demonstrationsaufruf an alle Gymnasiasten der acht Kantonsschulen. An der Kundgebung in der Stadt Luzern werden prominente Rednerinnen und Redner auftreten: Zu den Schülern sprechen unter anderen Juso-Chefin Tamara Funciello, der Luzerner BDP-Präsident Denis Kläfiger sowie Andreas Hofer, Kantonsratspräsident Luzern (Grüne). Organisiert worden sind die Proteste jedoch ausschliesslich von den Schülerorganisationen. «Die Parteien haben sich auch nicht finanziell daran beteiligt, ausserdem sind Parteifahren verboten», betont Samuel Zbinden, Mitorganisator und Schüler an der Kantonsschule Sursee.

Die Idee für den landesweiten Protest ging von Luzern aus. «Als wir vor zwei Monaten beschlossen, zu demonstrieren, überlegten wir uns, auch andere Kantone ins Boot zu

holen», so Zbinden. Denn gespart werde bei der Bildung praktisch überall.

Die Luzerner Schüler nahmen Kontakt auf mit anderen kantonalen Schülerverbänden, stellten aber bald fest, dass aus logistischen Gründen nicht alle nach Luzern kommen konnten. So entstand die Idee für einen landesweiten Schülerstreik. Die Luzerner kreierten den Slogan «Mer hend alli keLoscht auf Abbau bei der Bildung! und bald verbreitete sich der Hashtag keLoscht landesweit in den sozialen Medien.

Kein Streikrecht

Da Schüler offiziell kein Streikrecht haben, verhandelten die Verbände mit den Rektoraten. An der Kantonsschule Alpenquai Luzern, mit 1800 Schülern eine der grössten gymnasialen Einrichtungen der Schweiz, zeigte man Verständnis für die Anliegen der Schüler. «Es wird sicherlich niemand von der Schule gewiesen, die unentschuldigten Absenzen sollen wir bilateral mit den Lehrern regeln», sagt Zbinden. Ob es der grösste Schülerstreik des Landes wird, wagt Zbinden nicht zu sagen. «Es ist aber sicherlich der erste nationale, durch Schüler organisierte Schülerprotest der Schweiz.»

Die Kantonsschule Küsnacht hat Angst vor den Sparplänen

Zürichsee-Zeitung Do, 6.4.2017, Meilen

Manuela Matt

KÜSNACHT Eine Delegation der Kantonsschule Küsnacht hat an einem Aktionstag gegen die Sparmassnahmen im Bildungssektor protestiert. Küsnacht treffen die Sparpläne des Kantons besonders hart.

Grössere Klassen, Reduktion der Freifächer, Stellenabbau bei Lehrpersonen: Die Auswirkungen der kantonalen Sparpolitik im Bildungsbereich haben drastische Folgen für die einzigen Mittelschulen. So jedenfalls sieht es der Dachverband der Zürcher Schülerorganisationen (ZSO) und hat gestern einen Aktionstag in Zürich veranstaltet. Ziel davon: die Bevölkerung wachzurütteln und eine öffentliche Debatte zu entfachen.

Daran beteiligt haben sich auch zahlreiche Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Küsnacht. «Wir wollen den Lernenden mit diesem Aktionstag ein Sprachrohr geben, damit sie ihre Meinung zum Bildungsabbau kundtun können», sagt Jan-Niklas Spörri von der Schülerorganisation der Kantonsschule Küsnacht.

Werken wurde gestrichen

Spörri selber hat die Konsequenzen des Sparprogramms unmittelbar mitbekommen. Er wollte im kommenden Semester Werken im Freifach belegen, doch dieses wird nun in Küsnacht ersatzlos gestrichen. Gleiches gilt gemäss Rektor Christian Grütter für das Freifach Italienisch sowie für kleinere Musikformationen, welche an der Mittelschule mit musikischem und neusprachlichem Profil bislang ein fester Bestandteil waren.

Die konkreten Sparmassnahmen in Küsnacht reichen weiter: Im Unterricht wird der Halbklassenunterricht um die Hälfte reduziert, im bildnerischen Gestalten, im Sport und in der Musik werden Teilklassen zusammengelegt. Die Pensen von Sprachlehrern werden erhöht, ebenso die Gebühren für extern vermietete Räume und für Schüler.

Im Unterhalt gespart

Ausserdem wird im baulichen Unterhalt ein Viertel eingespart, indem kleinere Renovationen an den Gebäuden des Mittelschulcampus nicht ausgeführt werden. Rektor Grütter sagt: «Es gab in den vergangenen Jahren zwar immer wieder kleinere Einsparungen, doch die aktuelle Sparrunde in der Bildung ist für mich eindeutig die heftigste.»

Es sei eine grosse Herausforderung trotz Einsparungen, den Hauptauftrag der Kantonsschule Küsnacht, die Absolventen zur Hochschulreife zu erziehen, zu erfüllen.

Die Impulse hinter den verschiedenen Protestaktionen, die gestern Nachmittag in diversen Städten stattfanden, kommen von Luzerner Seite, wo die Sparpläne der Regierung wohl am weitesten reichen und auch schon diskutiert wurde, eine Schule komplett zu schliessen. Von den Luzernern stammt auch das Protestmotto: «Ke Loscht auf Bildungsabbau» – in Anlehnung an den legendären Ausspruch von Ueli Maurer (SVP), als dieser nach den Bundesratswahlen 2015 partout kein Interview geben wollte. Was die Botschaften der Schülerinnen und Schülern an die Öffentlichkeit nicht enthalten, sind konkrete Vorschläge, wo die kantonalen Behörden den Rotstift stattdessen ansetzen könnten. Protest also nur um des Protestes Willen? Jan-Niklas Spörri verneint. Es gehe vorerst darum, eine öffentliche Diskussion anzuregen. Klar zum Ausdruck gekommen ist, dass die Schülerinnen und Schüler, die gestern in Zürich auf die Strasse gingen, die Sparpolitik auf jeden Fall nicht bereitwillig akzeptieren wollen.

Marco Huber

15. 4. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598